



Wie schwer ist ein Neutrino? Das Geisterteilchen wird in Karlsruhe gewogen

Seite 33

31

# Kann diese Pflanze böse sein?

Weil jeder zweite Liter im Tank landet, wird in Europa über Palmöl gestritten

VON FRITZ HABEKESS

Ölpalmen, wohin man sieht: Sumatra ist eines der weltweit größten Anbaubereiche des begehrten Rohstoffs

Indonesien besteht aus so vielen Inseln, dass nicht einmal die eigene Regierung weiß, wie viele es sind. Im vergangenen Jahr startete sie eine Inventur, um sie zu zählen. Etwa 17.000 sollen es sein. 265 Millionen Menschen leben hier, zusammen mit Zehntausenden Tier- und Pflanzenarten. Es gibt Katzen, die so selten sind, dass nur eine Handvoll Fotos von ihnen existieren; Hornvögel, die von Wilderern gejagt werden, weil sie aus ihren Schnäbeln Schnitzerei anfertigen wollen; und Echsen, die ausgewachsene Büffel töten.

Die größte Karriere in Indonesien hat jedoch ein Baum gemacht. Einst kam er aus Afrika, um in Südstaaten Gärten zu schmücken. Er wächst bis zu 30 Meter hoch, seine Krone besteht aus wohlproportionierten Palmwedeln, dazwischen wachsen Fruchtstände, die aus bis zu 4.000 orangefarbenen, pfäungenrischen Steinfrüchten bestehen. Elaeis guineensis ist schön anzusehen, die Ölpalme. Irgendwann entdeckten Bauern, dass sie mehr kann, als zu gefallen. Sie pressen die Früchte aus und gewinnen daraus Öl.

## Ein Flug über Sumatra zeigt die Auswüchse des Ölpalmen-Booms

Dem Öl verdankt die Pflanze eine Karriere, die man am besten aus einem Flugzeugfenster betrachtet. Man schaut hinunter auf Sumatra, eine der größten Inseln der Welt. Eine Dreiviertel-Flugstunde lang sieht man nichts als endlose, rechteckige Felder, jedes durchzogen von einem feinen Netz aus Pisten. Dazwischen liegen Häuser und Hütten, wie mit loser Hand gestreut, entlang der Straßen. Ein grünes, geometrisches Meer aus Palmen. Reihe um Reihe, Feld um Feld, bis zum Horizont.

Es hängt sehr von der Perspektive ab, wie man diese Dauerkultur einschätzt. Man kann darin ein grün gewachsenes Versprechen auf Fortschritt sehen, die effizienteste Art, Boden zu nutzen, eine Garantie auf Devisen und Hoffnung. Hoffnung im Kampf gegen Armut, für Bildung, Gesundheitsversorgung, Infrastruktur.

Man kann das Ganze aber auch ganz anders betrachten: als eine ökologische Wüste, als ein Verbrechen an der Natur oder als quadratkilometergroße Narbe ohne Hoffnung auf Heilung.

Für jede Sichtweise gibt es gute Argumente, die offenbar so einleuchtend sind, dass es viele Befürworter auf beiden Seiten gibt – aber kaum jemanden in der Mitte. Über die Argumente wird gerade auch in Brüssel gesprochen: Die EU-Institutionen Rat, Kommission und Parlament diskutieren die Zukunft des Palmöls. Es geht um die neue Erneuerbare-Ener-

giech-Richtlinie, die ab 2021 gelten wird. In der derzeit gültigen Fassung steht das Ziel, dass Mitgliedstaaten mindestens zehn Prozent ihres Kraftstoffs aus erneuerbaren Quellen beziehen müssen. Benzin etwa wird fünf bis zehn Prozent Bioethanol beigemischt. Biodiesel wird aus nachwachsenden Rohstoffen gewonnen: aus Raps- und Sojaöl – oder eben Palmöl.

2009 hatte die EU beschlossen, dass die Mitgliedstaaten Ernst machen sollten mit dem Klimaschutz. Die Idee erschien auf den ersten Blick einleuchtend. Anstatt weiter die fossilen Brennstoffe im Tank zu verbrennen, erklärte man Äcker zu Ölfeldern, der Kraftstoff aus Pflanzen sollte die Kohlenstoffbilanz verbessern. Das war gut für die europäischen Landwirte: Die goldenen Blüten des Raps versprechen Einnahmen. Die verpflichtende Vorgabe aus Brüssel sicherte ihnen Zugang zum Markt – eine zusätzliche Unterstützung zu den großzügigen Flächenzulagen von mehreren Hundert Euro pro Hektar, die jeder Landwirt aus dem EU-Haushalt bekommt (siehe Text nächste Seite zur EU-Agrarpolitik).

Auch in Südostasien hörte man von den europäischen Plänen. Erfüllte die Lieferkette des Produkts die europäischen Anforderungen, durfte man liefern. Man liefert bis heute. Insgesamt gelangen etwa 15 Prozent der Gesamtproduktion nach Europa. Wie eine aktuelle Studie der NGO Transportation and Environment ergab, wurden im vergangenen Jahr 51 Prozent davon zu Biodiesel verarbeitet. Sie landen also im Tank und verbrennen. Ist das jetzt richtig oder falsch?

Das Europaparlament hat sich im Januar 2018 deutlich entschieden: falsch. In einem Vorschlag für die neue EEG-Richtlinie sprach es sich dafür aus, von 2021 an Palmöl nicht mehr zu den erneuerbaren Grundlagen für Biokraftstoff zu zählen. Palmöl würde damit zwar nicht verboten, wie oft behauptet wird, die EU würde das Pflanzenöl aber nicht mehr wegen seiner vermeintlichen Nachhaltigkeit unterstützen. Das löste in Indonesien und Malaysia heftige Proteste aus. Die beiden Länder dominieren den Weltmarkt, zusammen liefern sie etwa 85 Prozent der globalen Produktion. Indonesien verfügt über 15 Millionen Hektar Anbaugelände, das ist mehr als die Landesfläche von Österreich und der Schweiz zusammengekommen. Malaysia hat immer noch über sechs Millionen Hektar Anbaufähigkeit, was knapp der Größe von Bayern entspricht.

In Kuala Lumpur, der malaysischen Hauptstadt, gingen in den vergangenen Monaten Tausende Kleinbauern auf die Straße, sie trugen Schilder, auf denen »Stopp den Palmölbann« zu lesen war oder »Palmöl gibt meiner Familie zu essen«. Der malaysische Minister für Handel und Plantagen, Mah Siew Keong, reiste durch Europa und versuchte, die europäischen Regierungen davon zu überzeugen, dem Vorschlag des EU-Parlaments nicht zustimmen. Er sprach von »politischen Machenschaften« und kündigte an, alle Verträge zwischen Malaysia und den Befürwortern eines Palmölbanns zu überprüfen. Das Szenario eines Handelskriegs, also, bei dem Europa seinen ohnehin schwachen Stand in der Region weiter einbüßen könnte.

Möglich, dass Keong Erfolg hat. In diesen Tagen beraten Parlament, Rat und Kommission darüber, wie die neue Richtlinie aussehen soll. Ob Palmöl tatsächlich als nachhaltiger Rohstoff bewertet wird, ist mittlerweile fraglich. Für den 13. Juni ist die finale Verhandlung angesetzt.

Es wäre vielleicht gut, hätten die Politiker der EU sich für ihre Entscheidung einen Eindruck aus der Luft verschafft. Etwa bei einem Flug zur Provinzhauptstadt Jambi in der Mitte Sumatras. Die Region ist ein Hotspot der Palmölproduktion, aus dem Flugzeugfenster sieht man neben den immer gleichen Plantagen gelblichen Rauch, der sich wie ein Sepia-Filter über die gesamte Insel gelegt hat. Der Rauch zieht aus den Gebieten herüber, in denen der Wald brennt. Was dort in Flammen steht, wird in einigen Jahren Palmölplantage sein. In Indonesien hat sich die Anbaufläche seit 1990 mehr als verdreifacht. In vielen Fällen musste dafür Regenwald weichen, auch wenn es seit einiger Zeit Gesetze gibt, die verhindern sollen, dass besonders wertvolle Wälder durch Plantagen ersetzt werden – etwa Torfwälder oder Habitate bedrohter Tiere und Pflanzen. Doch nur selten werden diese Regeln tatsächlich durchgesetzt.

Auch deswegen haben die Europäer ein gestörtes Verhältnis zu Ölpalme. Für viele ist sie Hassobjekt. Greenpeace startete einst eine Kampagne gegen Nestlé – mit dem Motiv eines Orang-Utan-Fingers in einer roten Kitkat-Verpackung. Eine ehemalige französische Umweltministerin forderte ihre Landsleute auf, Nutella zu boykottieren.

Auf der anderen Seite verbraucht der Durchschnittseuropäer 23 Kilogramm Palmöl pro Jahr; trotz all der negativen

Schlagzeilen wird es nicht weniger. Den Löwenanteil macht der Biodiesel aus, der Rest entfällt auf Futter- und Lebensmittel sowie die Kosmetikindustrie. In jedem zweiten Supermarktprodukt steckt heute Palmöl. Es ist günstig, lässt sich leicht verarbeiten, ist bei Raumtemperatur geschmacksneutral und streichfähig. Würde man das Palmöl in Nutella durch Sonnenblumenöl ersetzen, wäre der Auftrieb flüssig wie geschmolzene Eiscreme, würde man Kakaobutter verwenden, wäre er so hart wie Schokolade.

## Agrartechnisch gesehen, ist die Ölpalme grünes Gold

Für die Produzenten in Südostasien – und in den vergangenen Jahren auch vermehrt in Afrika – ist Palmöl vor allem: ein gutes Geschäft. »Agrartechnisch gesehen, ist die Pflanze tatsächlich grünes Gold. Keine andere Nutzpflanze produziert so viel Öl pro Fläche wie die Ölpalme, sagt der Agrarökologe Kevin Darras. Darras ist dieser Tage in Sumatra, wo die Universität Göttingen Versuchsflächen unterhält. Er ist Postdoc am Lehrstuhl für Agrarökologie. Einst war Sumatra komplett bewaldet, davon ist nur noch wenig übrig. »Hier ist es heiß, staubig, die Straßen sind schlecht. Überall haben kleine Läden geöffnet, in denen Essen, Snacks und Benzin verkauft werden. Es riecht oft nach verbranntem Plastik, Abgasen und Rauch. Man hört ständig Motorräder und Lastwagen und im Wald Motorsägen«, sagt Darras.

Anhand der Flächen, auf denen die Uni arbeitet, wollen die Wissenschaftler herausfinden, wie man die ökologische Wertigkeit einer Palmölplantage erhöhen kann. Auch Teja Tschamke will das. Er ist Professor in Göttingen und Darras' Chef. Tschamke widmet seine Forschung der Frage, wie sich Landwirtschaft und Ökologie zueinander verhalten. Palmöl, sagt er, werde zu Unrecht pauschal verunglimpft, zumindest ökonomisch sei die Ölpalme bemerkenswert: Eine durchschnittliche Plantage erzielt vier Tonnen Palmöl pro Hektar, an manchen Orten ernten die Bauern sogar sechs bis sieben Tonnen pro Jahr. Aus Raps, Kokos oder Sonnenblumen lassen sich nur rund 0,7 Tonnen gewinnen. Soja liegt mit 0,4 Tonnen noch darunter.

»Einfach nur Palmöl zu verbieten, ohne sich darüber Gedanken zu machen, wodurch es ersetzt werden könnte, wäre eine dumme Idee, sagt auch Erik Meijaard. Er ist Biologe, bei der Weltnaturschutzunion IUCN leitet er die Palm Oil Task Force.

## Intelligenter Widerstand

Europas Wissenschaft verbündet sich gegen den Populismus

Es gibt da diese kleine, irrwitzige Fabel von Franz Kafka. Sie geht so: »Ach, sagte die Maus, die Welt wird enger mit jedem Tag. Zuerst war sie so breit, daß ich Angst hatte, ich lief weiter und war glücklich, daß ich endlich rechts und links in der Ferne Mauern sah, aber diese langen Mauern eilen so schnell aufeinander zu, daß ich schon im letzten Zimmer bin, und dort im Winkel steht die Falle, in die ich laufe.« Du mußt nur die Laufrichtung ändern, sagte die Katze und fraß sie.«

Der Text ist von 1920, aber er beschreibt Europa im Jahr 2018. Ein Europa, das aus lauter Angst vor der Freiheit im Begriffe ist, sich von einer hämischen, nimmermüden Populismus-Katze aufreizen zu lassen. Dabei wäre ein alternatives Ende der Fabel denkbar: In diesem hielte die Maus kurz inne, machte einen Salto mortale und lieferte der Katze einfach davon.

Nicht weniger als das, ein Kühnes Widerstandsmoöver, unternimmt in diesen Zeiten die europäische Wissenschaft. Der Schreck ist den Universitäten in die Glieder geschossen: der drohende Brexit, der die britische Spitzenforschung von Kontinentaleuropa abschneiden könnte. Die ungarische, türkische, polnische, russische Regierung, die Wissenschaftler schikanieren, entlässt und vertreibt. Die AfD, die Forschungsergebnisse verdreht. Es sind beinahe Autoritarismen, die Europas Wissenschaftsfreiheit einzuliegen versuchen.



Europäisch, trotz Brexit: Die Uni Cambridge

Was also tun die Universitäten? Sie schließen Kooperationen, rufen Netzwerke aus, entwerfen Programme, was das Zeug hält. Systematischer und behänder als je zuvor. So haben etwa die Universitäten Cambridge und München gerade den Abschluss einer »strategischen Partnerschaft« bekannt; schon ab 2019 will man – wider den Brexit – gemeinsam forschen, lehren und Gelder einwerben. Genauso Oxford, das eine Art Zweigstelle in Berlin hochzieht. Ebenso die Central European University in Budapest, die einen Campus-Ableger in Wien aufbaut, weil sie zu Hause von Viktor Orbán unter Druck gesetzt wird.

Und noch viel mehr passiert. Die Hochschulen sortieren geflüchtete Studierende pragmatisch in ihre Hörsäle ein, 2016 gründete sich – fast über Nacht – eine deutsche Sektion des weltweiten Hilfsnetzwerks Scholars at Risk. Und die Alexander von Humboldt-Stiftung stampfte die Philipp Schwarz-Initiative aus dem Boden, die bis heute mehr als 100 verfolgten Wissenschaftler aus der Türkei, dem Irak und Syrien Forschungssyml in Deutschland gewährt hat.

All das geschieht im ureigenen Interesse der Wissenschaft selbst, die von den Austausch von jünger angezogen ist. Auf der ökonomischen Bedeutung einer florierenden Forschungslandschaft für die betreffenden Länder auf unserem stoffarmen Erdteil ganz zu schweigen. In Wahrheit aber geht es um mehr. Unermüdetlich beharren die Wissenschaftsorganisationen in Pressemitteilungen und auf Podien auf den Wert Europas: Verantwortung, Solidarität, die Freiheit der Menschen und der Gedanken. Es sind keine papierernen Worte, sondern Wegweiser und Aufforderung für die Katzen und Mäuse in uns.

ANNA-LENA SCHOLZ

## HALBWISSSEN

### Zocken hilft

Sehr viel Geld investierte ein Amerikaner in Kryptowährung. Dann starb er plötzlich. Nun wissen die Erben nicht, wo der Geheimschlüssel liegt: 250 Millionen Dollar – und keiner kommt ran. Nichts mehr zu machen.

Ähnliche Unbill droht bei Demenz. Also heißt es vorsorgen. Bevor etwa die PIN für den Bankautomaten vergessen wird, kann man Verwandte mit Vollmachten ausstatten. Besser noch ist vorbeugen. Gegen kognitiven Verfall empfehlen chinesische Autoren in *JAMA Psychiatry* intellektuelle Fähigkeiten im Alter. Sie hatten die geistigen Fähigkeiten von 15.000 Senioren aus Hongkong über fünf Jahre hinweg gemessen und festgestellt, dass seltener demenz wird, wer Zeitung liest oder Mahjong spielt. Am meisten verblüfft, dass auch das Wetten bei Pferdenrennen die geistige Fitness stützt. Fazit: Wer zockt, hilft seinem Gedächtnis. Bei Kryptogeld droht dennoch Totalverlust.

HAL

Fortsetzung auf S. 32



Kann diese ...  
Fortsetzung von S. 31

Man würde erwarten, in Meijaard einen erbitterten Gegner des Palmöls zu finden, aber so einfach ist es nicht, im Gegenteil. »Wenn die Welt Pflanzenöl will, muss man es bestmöglich produzieren.« Und das bedeute eben nicht, Regenwald abzuholzen und dann Ölpalmen anzupflanzen. Wenn aber die Bäume auf Land wüchsen, das ohnehin degradiert sei, sehe es anders aus, sagt der Niederländer. An einer sinnvollen Ausweisung von Flächen mangle es aber.

Meijaard hat Jahrzehnte in Indonesien gelebt, er berichtet, dass nach Bränden Dorfbewohner einfach Schilder aufstellten, mit denen sie Rechte auf das Land anmeldeten. »Alle paar Hundert Meter steht ein Schild, wem das Land angeblich gehört. Will ich da anbauen, muss ich mich mit all diesen Ansprüchen herumschlagen. Wenn ich aber in die Mitte von unberührtem Wald gehe, es schaffe, den Anführer der lokalen Bevölkerung betrunken zu machen und ihn zu einer Unterschrift zu bewegen, bin ich viel schneller am Ziel«, sagt Meijaard.

Der Runde Tisch für Nachhaltiges Palmöl (englisch abgekürzt: RSPO) ist ein Zusammenschluss von Industrie und NGOs, der sich 2004 auf Betreiben des WWF gegründet hat. Seine verschiedenen Zertifizierungen sind freiwillige Mindeststandards, sie machen aus einem problematischen Rohstoff keinen Ökospaerstar. RSPO hat zwar Standards, die etwa Rodungen und die Verletzung von Menschenrechten verhindern sollen. In der Praxis sind sie jedoch nicht so effektiv wie beabsichtigt. Regelmäßig decken Medien oder Umweltschutzorganisationen Verstöße von Mitgliedern gegen die RSPO-Standards auf. Auch wenn das Zertifizierungssystem dafür kritisiert wird, hat es Erstaunliches erreicht: Dank der Initiative ließen sich zumindest Teile der Industrie dazu bewegen, sich der Diskussion um soziale und

ökologische Verantwortung zu stellen. Etwa 20 Prozent des Weltmarkts und fast 70 Prozent des europäischen Markts werden von RSPO als »nachhaltig« zertifiziert. »Wenn es keine Nachfrage mehr nach nachhaltigem Palmöl gibt, verlieren wir auch unseren Hebel, um mit den Produzenten im Gespräch zu bleiben«, sagt Inke van der Sluijs, technische Managerin beim RSPO. Das passiert etwa in Südostasien selbst, aber auch in China oder Indien, wo das meiste Öl (als Koch- und Bratfett) hingeht: Nachhaltigkeitszertifikate spielen dort praktisch keine Rolle.

Der aktuelle Streit ums Palmöl zeigt, wie sich das Kräfteverhältnis auf dem Globus wandelt. Der Westen ist nicht länger die dominierende Macht, die bestimmen kann, nach welchen Regeln gehandelt wird. Und das die ehemaligen Kolonien empfindlich auf Ermahnungen aus den einstigen Unterdrücktenländern reagieren, ist verständlich – zumal Europa seine Urwälder schon vor Jahrhunderten abgeholzt hat.

Teja Tschamtké, der Agrarökologe aus Göttingen, gibt zu bedenken, dass die Palmölkulturen immerhin für Jahrzehnte bestehen bleiben. Die Forschungen seiner Arbeitsgruppe haben etwa gezeigt, dass dort durchaus Arten wie Reptilien und Ameisen überleben können. »Eine Palmölplantage wird immer eine Palmölplantage bleiben. Und egal, nach welchen Kriterien sie zertifiziert wird: Man kann ihre Vielfalt mit der eines tropischen Regenwaldes nicht annähernd vergleichen – auch wenn hier viel mehr Arten leben als auf einem Raps- oder Weizenacker.«

Verhältnismäßigkeit und Kontext geraten in der Diskussion leicht aus dem Blick. Die Karriere des Palmöls erreichte in Europa mit dem Aufstieg des Biodiesels neue Höhen, es sollte helfen, Kohlenstoff-

emissionen zu verringern. Aber tut es das? Im Extremfall – wenn die Ölpalmen auf verbranntem Torfmoorboden stehen – verursacht Biodiesel dreimal so viele Emissionen wie konventioneller, fossiler Diesel. Für den Vergleich mit zertifiziertem Palmöl fehlen verlässliche Daten.

Das Problem: Der Brüsseler Beschluss von 2009 hat den Nahrungsmittel- mit dem Transportsektor verknüpft. Die beiden hatten ursprünglich nichts miteinander zu tun. Eine Frage muss daher lauten: Ist es sinnvoll, Palmöl im Tank zu verbrennen, wenn 800 000 Millionen Menschen hungern oder mangelnährnd sind?

Schwer zu kalkulieren sind außerdem »indirekte Landnutzungsänderungen«. Forscher beschreiben damit eine Kettenreaktion, ausgelöst von steigender Nachfrage: Wird Palmöl auf einer Fläche angebaut, auf der vorher Kautschuk wuchs, wird dieser nun woanders angepflanzt, auf einem Stück Land, auf dem vielleicht Regenwald stand. Selbst wenn das nun Palmöl-Nachhaltigkeitskriterien entspricht – es ist keinesfalls sicher, dass für die Bewirtschaftung nicht doch Regenwald weichen muss.

Ob Palmöl gut ist oder böse, lässt sich nicht sinnvoll beantworten. Wichtiger sind andere Fragen. Was passiert, wenn man Palmöl einfach durch andere Pflanzenöle ersetzt? Wie setzt man Ressourcen wie Palmöl am sinnvollsten ein: als Nahrungsmittel oder Kraftstoff? Und vor allem: Wie lassen sich Probleme, die durch den Konsum von Palmöl, Holz, Soja oder Rindfleisch entstehen, am effektivsten lösen: durch ein Zertifizierungssystem? Durch die Diskussion darüber, ob eine Pflanze oder ein Nahrungsmittel böse ist?

Oder indem man aufhört, so viel davon zu konsumieren?

www.zeit.de/leuo

# Rückzug von der Ökowende

Weniger Bürokratie, weiterhin Direktzahlungen und ein bisschen Rhetorik über Nachhaltigkeit – so plant die EU ihre Agrarreform **VON CHRISTIANE GREFF**

Eine Überdosis Gift und Gülle auf den Äckern, das Verschwinden der Insekten und Vögel, das Leiden der Nutztiere in engen Ställen, die vielgesichtigen Folgen des Klimawandels: Europas Landwirtschaft muss umsteuern, damit sie die Ökosysteme erhält, statt sie zu zerstören. Wie gut Bauern bei dieser Herausforderung unterstützt werden, daran muss sich eines der ältesten Projekte der Europäischen Union messen lassen: die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP).

Es ist wieder so weit. Wie alle sieben Jahre wird gerade darüber entschieden, wofür die Subventionen der GAP ausgegeben werden. Sieben Jahre sind eine lange Zeit. Und mit 365 Milliarden Euro kann man eine Menge bewirken. Entsprechend bedeutsam ist der Entwurf, den der zuständige Kommissar letzte Woche für die Förderperiode ab 2021 auf den Tisch gelegt hat. Stellt Phil Hogan die Weichen für die notwendige ökologische Transformation?

Was große Bauernverbände freut, ist für Umweltschützer eine Enttäuschung: Seine Prioritäten hat der Ire Hogan erst einmal anders gesetzt. Einhellige Zustimmung bekommt er zwar dafür, dass er die teils absurde Brüsseler Bürokratie abspecken will. Der Vorschriftenwirrwarr raubt Landwirten tagtäglich den letzten Nerv. Umso heftiger umstritten ist sein zweites Ziel, das System der Direktzahlungen beizubehalten. Denn diese Einkommenshilfen lässt Europa zum größten Teil ohne Gegenleistungen mit der Gießkanne auf jeden Hektar regnen. Verkauft wird das als Stütze für kleinere Höfe, doch am meisten profitiert der, der viel Fläche besitzt. Hogans drittes Ziel, deshalb einen Teil der Zuwendungen nach unten umzuverteilen, ist so seicht geplant, dass man es leicht umgehen kann.

Und der Schutz der Natur, des Klimas, der Arten? Dafür legt sich der Kommissar zwar ebenfalls ins Zeug. Zumindest blüht in seinem Entwurf üppige Nachhaltigkeitsrhetorik. Doch viele seiner konkreten Vorschläge entpuppen sich als unklar oder rückschrittlich.

Beispielsweise will Hogan die erst bei der letzten Reform eingeführten Ökoschrittchen bei den Direktzahlungen wieder abschaffen. Sauber müssen Landwirte für immerhin ein Drittel ihrer Zuwendungen nachweisen, dass sie auf einem Teil ihrer Flächen Fruchtfolgen erweitern oder Hecken und Blühstreifen anlegen, damit sich Böden erholen, Pflanzen- und Tierarten wieder ausbreiten können. Dieses »Greenings« wurde seinerzeit dank intensiver Lobbyarbeit der Bauernverbände von Ausnahmen durchlöchert und entfaltete deshalb so gut wie keine Wirkung. Wenn er schon an den Direktzahlungen festhält, müsste Phil Hogan das Greening reparieren – und eher ausweiten.

Stattessen plant er Europas weitgehenden Rückzug aus der konfliktreichen ökologischen Wende und delegiert sie an die Mitgliedsstaaten. In Zukunft sollen sie ihre eigenen nationalen Strategiepläne für den Umweltschutz und Klimaschutz in Brüssel genehmigen lassen. Diese Strategie ist zwiespältig. Einerseits könnte sie Europa in zwei Lager teilen: in Länder, die sich engagieren, und andere, die so gut wie gar

nichts tun. Im europäischen Binnenmarkt, wo viele landwirtschaftliche Erzeuger miteinander im Preiskampf stehen, erwartet der grüne EU-Abgeordnete Martin Häusling deshalb eher einen unpopulären Abwärtskurs als einen Wettbewerb darum, wer es am besten macht. Der als konservativ geltende deutsche Bauernverband etwa werde bestimmt »bei jedem grünen Vorschlag auf die Barrikaden gehen«, prophezeit Häusling.

Andererseits kann man Hogans Dezentralisierungsidee auch positiv bewerten. Umweltregeln, die vor der Haustür gemacht werden, könnten regionale Besonderheiten besser berücksichtigen als der kleinste gemeinsame Nenner. Bürger könnten leichter darauf Einfluss nehmen, weil die Hauptstadt des eigenen Landes näher dran ist.

Die absurdste Rolle rückwärts hat Günther Oettinger vor, Hogans Kollege im EU-Kabinett, der an dem Entwurf mitgearbeitet hat. Der Haushaltskommissar will ausgerechnet die Mittel in jenen Förderfeldern kürzen, die Initiativen finanzieren, in denen Landwirte, Natur- und Klimaschutz gemeinsam modellhaft praktische Lösungen entwickeln. Von der Bretagne über die Insel Pellworm bis nach Siebenbürgen

## Die absurdeste Rolle rückwärts legt Günther Oettinger hin

haben sie voneinander gelernt und ihre Regionen vor allem ökologisch, aber damit oft auch wirtschaftlich und sozial neu belebt. Die Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft rechnet vor, dass diese erfolgreichen Ökosätze ein Viertel der Mittel verlieren könnten. Stattdessen ist viel von »smartem« Technologie für die Agrarwende erbeten müssen.

Die Kommissionsvorschläge werden nun vom EU-Parlament und den Mitgliedsstaaten beraten. Dabei hat die Stimme Deutschlands als großes Agrarland besonderes Gewicht. Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner verlaubarbeite erst mal diplomatisch, sie sehe »Licht und Schatten«. Doch gerade beim Festhalten an den Direktzahlungen hat sie Phil Hogans Stoffrichtung größtenteils begriffen. Umso pikanter ist, dass ihr eigener wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz ihr widerspricht. Seine 19 Mitglieder aus unterschiedlichen Disziplinen fordern in einer aktuellen Stellungnahme »die Überwindung der von weiten Teilen des landwirtschaftlichen Berufsstandes geforderten und von vielen politischen Entscheidungsträgern unterstützten einseitigen Fokussierung auf die Stützung landwirtschaftlicher Einkommen«. Die Experten meinen: Die Direktzahlungen sollten abgebaut werden, in einem Zeitraum von zehn Jahren – Brüssel solle stattdessen consequent nur noch honorieren, wenn Landwirte etwas für das Gemeinwohl und für die Entwicklung ländlicher Räume tun. Ähnlich argumentiert ein weiteres Beratungsgremium Klöckners, der Wissenschaftliche Beirat für Biodiversität und genetische Ressourcen. Er will den »rapiden Verlust an biologischer Vielfalt in den Agrarlandschaften« stoppen.

»Das alles wünscht sich laut EU-Konsultationen und Umfragen neben den Fachleuten auch die Mehrheit der europäischen Bürger.«

ANZEIGE

# Für einen Sommer voller Abenteuer!



**Nur 12 €**  
3 x ZEIT LEO



**+ Geschenk**  
zur Wahl



ZEIT LEO-Strandhandtuch  
Maße: 67 x 140 cm

Mit ZEIT LEO wird der Sommer garantiert nicht langweilig. Sichern Sie sich jetzt das Ferien-Angebot für Ihre Kinder: Für **nur 12 €** erhalten Sie **3 Ausgaben von ZEIT LEO**. Als Dankeschön für Ihre Bestellung gibt es noch ein hochwertiges **Strandhandtuch** von Möve oder das **Experimente-Buch** dazu.

Jetzt bestellen:

www.zeit.de/leo-ferien    040/42 2370 70\*

\*Bitte Bestellnummer 1767485 angeben